



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

9. Juni 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

letzten Freitag bin ich wieder auf dem Frankfurter Flughafen gelandet, nach einer Woche an der US-amerikanischen Westküste. Ich habe als Mitglied einer deutschen Delegation die „German Valley Week“ in San Francisco besucht. Insgesamt waren wir 60 deutsche Gründerinnen und Gründer, Investoren und Politiker, die sich aufgemacht haben ins Silicon Valley. Das waren aufregende Tage, vollgepackt mit Besichtigungen bei Start-ups, Gesprächsrunden mit jungen Gründern und immer wieder Diskussionen darüber, was wir in Deutschland von der amerikanischen Gründungskultur lernen können oder wie man für junge deutsche Unternehmen Geld aus den USA bekommt.

Der Bundestag hat diese Woche auch ein volles Programm. Wir diskutieren über Patientenversorgung und IT-Sicherheit (zu diesen Themen mehr auf den folgenden Seiten), über Bürokratieentlastungen für den Mittelstand, Bundeswehrebeteiligung an Einsätzen in Mali, Kosovo und Libanon, Speicherfristen für Verbindungsdaten und vieles mehr.

Auch die griechischen Finanzprobleme bleiben Thema, nicht nur in Brüssel und auf Schloss Elmau, sondern auch hier in Berlin. Noch immer gibt es keinen entscheidenden Durchbruch bei der Lösung dieser Probleme. Wir wollen Griechenland im Euro halten. Und auch die Mehrheit der griechischen Bevölkerung will das. Bisher hat die griechische Regierung leider noch keinen überzeugenden Plan für Reformen vorgelegt – es liegt aber in ihrer Hand, jetzt einen Weg einzuschlagen, der die strukturellen Probleme des Landes überwindet!

Ich wünsche Ihnen und Euch eine schöne Woche!



Euse / Ihre Brigitta Zypries

++ Südostbasar 2015++

Flohmarkt für nachhaltige Zwecke

Die Evangelische Südostgemeinde Darmstadt veranstaltet wieder ihren alljährlichen Basar. Über die vergangenen Monate wurden Sachspenden gesammelt, die am nächsten Wochenende verkauft werden: Es gibt Haushaltswaren, Bücher, CDs und DVDs, Spielzeug, Kleidung, Schmuck und vieles mehr zu günstigen Preisen. Da wird jeder fündig – und tut noch etwas Sinnvolles, denn **der Erlös geht an gemeinnützige und soziale Einrichtungen in und um Darmstadt**. Eine großartige Sache!

Der Südostbasar findet – da überdacht – bei jedem Wetter statt.

Freitag, 12. Juni, 15–22 Uhr und

Samstag, 13. Juni 10–18 Uhr

im **Christophorus-Haus** der Südostgemeinde, Herdweg 122 in Darmstadt.



++ TTIP-Veranstaltung am 11. Juni ++

Das derzeit verhandelte **Freihandelsabkommen** zwischen den USA und der EU bereitet vielen Menschen Sorgen – ganz vorne steht die Befürchtung, dass die deutschen **Standards im Verbraucherschutz** verschlechtert werden könnten. Doch sind diese Befürchtungen auch berechtigt? Und welche Chancen bzw. Risiken beinhaltet das Abkommen sonst noch?

Dazu möchte der SPD-Bezirk-Hessen-Süd mit Ihnen am 11. Juni im SPD-Haus in der Fischerfeldstraße 7-11 in Frankfurt debattieren. Vielleicht haben Sie Lust und Zeit, nach Frankfurt zu kommen? Zu Gast werden **Bernd Lange, MdEP** und Vorsitzender des europäischen Handelsausschusses sowie **Udo Bullmann, MdEP** und Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europaparlament, erwartet.

Mehr Informationen finden Sie [hier!](#)

Bessere Patientenversorgung – besonders auf dem Land

Wer kennt das nicht: Ein Arztbesuch steht an – aber die Terminvereinbarung scheint unmöglich. Viele Wochen Wartezeit sind inzwischen oft die Regel, wenn man einen Facharzt aufsuchen möchte. Besonders in ländlichen Regionen ist die Lage angespannt. Aber **gute medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnortes sein!** Deshalb haben wir das „Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ auf den Weg gebracht, am Donnerstag wird der Bundestag darüber abstimmen. **Das Gesetz soll sichern, dass überall in Deutschland Patientinnen und Patienten schnell und auf hohem Niveau ärztliche Hilfe bekommen.**

Die Situation in Deutschland ist zwar besser als in vielen anderen Ländern – aber das soll auch so bleiben. Schließlich ändern sich die Umstände kontinuierlich: demografischer Wandel, technisch-medizinischer Fortschritt, neue Behandlungsmethoden und die oft sehr unterschiedliche Versorgungssituation in Ballungsräumen und eher strukturschwachen Regionen – all das sind Entwicklungen, auf die man reagieren muss. Deshalb müssen wir einige gesetzliche Regelungen anpassen, damit auch langfristig keine medizinischen Versorgungslücken entstehen.

Zum Beispiel betrifft das die **Regelungen zur Niederlassung von Ärzten.** Unterversorgte Gebiete sollen gestärkt werden und in überversorgten Regionen dafür Arztpraxen nur noch dann nachbesetzt werden, wenn es für die Versorgung sinnvoll ist. Mit einer Reihe von Maßnahmen sollen die **Arbeitsbedingungen der Allgemeinmediziner** verbessert werden, damit auch ländliche Gebiete attraktiv bleiben und keine medizinischen Versorgungslücken entstehen. Auch Krankenhäuser sollen sich künftig mehr an der ambulanten Versorgung von Patienten beteiligen.

Auch die Patientenrechte werden gestärkt: Vor bestimmten Operationen soll man künftig eine Zweitmeinung einholen dürfen. So fühlen sich die Patienten nicht nur sicherer mit ihrer Entscheidung, sondern es können auch unnötige und teure Eingriffe besser verhindert werden. **Außerdem sollen Termin-Servicestellen eingerichtet werden,** die den gesetzlich Versicherten helfen, wenn es einmal schwierig wird, einen Facharzttermin zu bekommen.

Teil des Gesetzes ist übrigens auch eine **Regelung für freiberufliche Hebammen,** die die Höhe ihrer Berufshaftpflichtprämien eindämmen soll, damit sie auch in Zukunft arbeiten können und Hebammenbetreuung überall zu haben ist.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Sicherheit für IT-Systeme erhöhen – wir können uns Ausfälle nicht leisten!

Es klingt wie das Drehbuch eines Katastrophenfilms: Hacker greifen große Energieversorger an und legen die Stromversorgung ganzer Städte lahm. Krankenhäuser, öffentlicher Nahverkehr, Ampelanlagen, Wasserwerke, Kühlhäuser, Telefonverbindungen, Banken – nichts funktioniert mehr. Die Liste der „Kritischen Infrastrukturen“, also solcher Einrichtungen, die für das Funktionieren des Gemeinwesens zentral sind, ist lang. Und diese Einrichtungen brauchen besonderen Schutz, denn die **IT-Sicherheitslage in Deutschland ist weiterhin angespannt und Cyberangriffe werden zunehmend zielgerichtet und sind technologisch immer ausgereifter und komplexer**. Zuletzt konnte man das auch bei dem Angriff auf das Datennetz des Deutschen Bundestags sehen.

Die Nutzung von IT-Systemen und Internet ist aus vielen Bereichen des Staates, der Wirtschaft und auch des privaten Lebens nicht mehr wegzudenken. Über alle Branchen verteilt ist zum Beispiel heute mehr als die Hälfte aller Wirtschaftsunternehmen vom Internet abhängig. Es wird immer wichtiger, die Sicherheit von Unternehmen und Privatpersonen zu verbessern – denn es gibt schlicht und einfach Bereiche, in denen wir uns Ausfälle der Technik nicht leisten können!

Das neue IT-Sicherheitsgesetz, das am Freitagvormittag zur Abstimmung steht, soll helfen, kritische Infrastrukturen besser zu schützen. Zum Beispiel müssen deren Betreiber einen Mindeststandard von IT-Sicherheit einhalten und Angriffe auf ihre Netze dem BSI (dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, das unter anderem ein Cyberabwehrzentrum betreibt) melden. Auch Telekommunikationsanbieter sollen Vorfälle, die zu einem unerlaubten Zugriff auf die Computer der Nutzer führen können, dem BSI melden. Beim BSI und beim BKA sollen knapp 300 neue Stellen geschaffen werden, um gegen die zunehmenden Angriffe gegen Bundeseinrichtungen und kritische Infrastrukturen anzugehen.

Viele der IT-Angriffe können übrigens schon durch Standard-Sicherheitsmaßnahmen verhindert werden. Deshalb ist es so wichtig, die Öffentlichkeit für das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren. Das BSI hat einen Leitfaden für die wichtigsten IT-Sicherheitsmaßnahmen herausgebracht – zum Download [hier](#). Dort findet man auch eine Sicherheits-Checkliste für das eigene Unternehmen. Und [diese](#) Überblickspapiere zur IT-Sicherheit sind nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Privatpersonen interessant!